

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Härtere Strafen bei illegalem Tier- und Welpenhandel (Drs. 17/17482)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Kollegin Biedefeld. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Steinberger, bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Handel mit Hundewelpen ist anscheinend ein ganz großes Geschäft. Jedes Jahr werden in Bayern Hunderte von Jungtieren in Kofferräumen und Kleintransportern entdeckt. Das ist gerade im grenznahen Bereich der Fall.

In Passau wurden bis August dieses Jahres bereits über 300 Welpen gezählt – allein in Passau. Meist sind diese Tiere zu jung für den Transport. Viele sind nicht geimpft oder bereits lebensgefährlich erkrankt.

Was passiert mit diesen Welpen? Was passiert mit dem Fahrer? – Eigentlich ist es immer das Gleiche. Der Fahrer zahlt eine Sicherheitsleistung von nicht mehr als 500 Euro und kann weiterfahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Strafe kann keinen Tiertransport verhindern.

Wenn das alles ist, was einem Chauffeur passieren kann, braucht man sich nicht zu wundern, wenn diese Transporte immer mehr werden. Da hilft es nicht, wenn wir im Landtag immer wieder Krokodilstränen weinen, weil die Tiertransporte so schlimm sind. Letztendlich muss man etwas dagegen machen. Frau Biedefeld hat einen sehr guten Vorschlag gemacht, über den wir auch schon gesprochen haben. Würden die betroffenen Fahrzeuge beschlagnahmt, wäre das ein wirksames Signal, das wirklich wehtun würde. Wenn es den Transporteuren nicht weh tut, werden sie immer weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur die Anzahl der illegalen Tiertransporte nimmt zu, die Schwarzhändler werden auch immer brutaler und skrupelloser. Glauben Sie nicht, dass es endlich notwendig ist, wirksame Maßnahmen zu ergreifen? – Sie sprechen immer viel von Aufklärung. Das ist auch wichtig. Wenn sich die Leute Hundewelpen aus dem Kofferraum kaufen, ist das völliger Unsinn. Man sollte die Leute darüber aufklären, damit sie das nicht mehr tun. Das allein hilft aber leider nicht. Herr Kollege Flierl hat darauf hingewiesen, dass möglicherweise ein strukturelles Problem vorliegt. Vielleicht müssen wir uns darüber Gedanken machen.

Wie geht es mit einem solchen Hund weiter? – Der Tierschutzbund kümmert sich um die Tiere und versucht, sie in den umliegenden Tierheimen unterzubringen. Das bringt die Tierheime – das kann man sich vorstellen – oft an den Rand ihrer Kapazitäten. Die Tiere müssen monatelang in Quarantäne, was die Kosten nach oben treibt. Vom Platzbedarf wollen wir an dieser Stelle gar nicht reden; denn die Unterbringung von 400 Welpen muss man erst einmal schaffen. Zum Glück gibt es große Solidarität unter den Tierheimbetreibern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Solidarität ist auch nötig. Schließlich können die Tierheime keine Solidarität vom Freistaat Bayern erwarten.

Wer ist für die Versorgung von Fundtieren zuständig? – Das ist die Aufgabe der Kreisverwaltungsbehörden, so heißt es lapidar aus dem Umweltministerium. Damit müssen die

Landkreise auch für die Kosten aufkommen. Ich habe das Beispiel Passau bereits an-gesprochen. Besonders die grenznahen Landkreise sind mit der Aufnahme zunehmend überfordert. Das Tierheim in Passau hat nach dem letzten Fund die Bundesregierung aufgefordert, sich für härtere Gesetze gegen illegale Händler einzusetzen. Mitarbeiter des Tierheims in Passau haben damals gesagt: Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass ihr nicht wollt, dass dieses Elend mit dem illegalen Welpenhandel endlich ein Ende nimmt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Elend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erkennen Sie endlich an, dass es Handlungsbedarf gibt. Kollege Flierl hat angesprochen, dass die Landkreise unterstützt werden müssen. Landkreise in grenznahen Regionen sind besonders von diesen Funden betroffen. Ich habe nachgefragt, ob man diese Landkreise nicht mit einem besonderen Fonds unterstützen könnte. Es hieß: Nein, die Landkreise bekommen ohnehin schon Geld. Das wird schon alles reichen. – So kommen wir nicht weiter. Wir haben Haushaltsanträge gestellt, um die Tierheime besser zu unterstützen. Wir haben einen Sonderfonds für solche Spezialfälle gefordert. Die Grundfinanzierung der Tierheime lässt ohnehin schon zu wünschen übrig. Von Investitionen möchten wir an dieser Stelle gar nicht reden. Leider haben Sie alle unsere Anträge abgelehnt. Deshalb reden wir in diesem Landtag immer und immer wieder über dieses Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss noch von einem Fall berichten, der sich im Landkreis Dingolfing ereignet hat. Im Jahr 2016 waren vom Tierheim Quellenhof in Passbrunn zwei große Aufgaben zu meistern: zum einen die Organisation der Unterbringung von 156 Hunden aus Animal Hoarding, zum anderen die Versorgung von 400 Vögeln aus einem illegalen Tiertransport. Das war ein Tierheim im Landkreis Dingolfing. Ich habe dieses Tierheim besucht. Die Leiterin würde sich mehr Unterstützung vom Freistaat wünschen. Sie wünscht sich unter anderem einen verstärkten Kampf gegen den illegalen Tierhandel. Diesem Wunsch schließen wir uns an und unterstützen den vorliegenden Antrag der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Steinberger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. **Damit ist der Antrag abgelehnt.**